AFRIKA 10.09.2026 | Elisabeth Bollrich

Hauptsache Souverän

Senegal wollte sich aus finanziellen Abhängigkeiten befreien. Die Schuldenkrise zeigt, wie schwer echte Souveränität zu erreichen ist.

Die Erleichterung ist spürbar, die Erwartungen sind immens: Am 1. September 2026 gelang es dem Senegal, mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Vereinbarung auf Mitarbeiterebene über ein neues 36-Monats-Programm von rund 2,2 Milliarden US-Dollar abzuschließen. Nachdem die Regierung bei den Präsidentschaftswahlen 2024 mit einem Transparenzversprechen angetreten war, sah sie sich schnell mit einem unerwartet hohen Schuldenberg konfrontiert.

Ein Bericht des Rechnungshofs bescheinigte, dass zwischen 2019 und 2024 unter der Vorgängerregierung Macky Sall nicht offengelegte Kredite in Höhe von 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgenommen wurden. Ende 2024 betrug die Staatsverschuldung schlagartig 132 Prozent des BIP und löste eine Abwärtsspirale aus schlechten Finanzierungskonditionen, Vertrauensverlust und politischer Polarisierung aus. Der IWF setzte daraufhin sein Programm im Umfang von 1,8 Milliarden US-Dollar 2025 aus. Damit steht auch ein zentrales Versprechen der neuen Regierung auf dem Prüfstand: Senegals wirtschaftliche und finanzpolitische Souveränität zurückzugewinnen. Die Schuldenkrise zeigt nun, wie begrenzt dieser Spielraum für ein Land ist, das auf internationale Finanzierung angewiesen bleibt.

Der Umgang mit der Schuldenlast polarisiert das Land seit längerer Zeit.

Der Umgang mit der Schuldenlast polarisiert das Land. Aus einem technischen Problem wurde ein politisches, das schließlich zum Bruch innerhalb der seit 2024 regierenden PASTEF-Partei führte. Am 22. Mai 2026 trennte sich Präsident Bassirou Diomaye Faye von seinem Premierminister und ehemaligen Mentor Ousmane Sonko. Im Wahlkampf hatte das Tandem, das den politischen Wechsel von 2024 verkörperte, auf nationale Souveränität durch wirtschafts- und finanzpolitische Unabhängigkeit gesetzt. Vor allem Ousmane

> Sonko stellte immer wieder klar, dass eine Restrukturierung der Schulden einer Demütigung gleichkäme, und erweckte damit den Eindruck, das Land könne sich den bestehenden Strukturen und Abhängigkeiten entziehen.

So führen PASTEF-Anhänger in den sozialen Medien an, dass unter Regierungschef Ousmane Sonko in nur sieben Monaten ohne den IWF nahezu 1,7 Milliarden Franc-CFA mobilisiert wurden. Die Überbrückung des Haushaltsdefizits zeigt dabei zwei Trends. Zum einen wächst Senegals Abhängigkeit von regionalen Kapitalmärkten. Der Großteil der versteckten Schulden besteht aus Franc-CFA-Krediten. Zum anderen werden die Instrumente zur Refinanzierung teurer Schulden immer komplexer und undurchsichtiger. So setzte der Senegal auf *Total Return Swaps*: Finanzverträge, die von afrikanischen Ländern zunehmend dazu genutzt werden, Schuldenrisiken anders zu strukturieren – ohne dass dies auf den ersten Blick wie eine klassische Kreditaufnahme aussieht. Das Transparenzversprechen der Regierung geriet ins Wanken.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob der Senegal ohne IWF und internationale Gläubiger auskommt, sondern wie viel politischen Spielraum das Land innerhalb bestehender Abhängigkeiten zurückgewinnen kann. Die eigentlichen Schwachstellen liegen dabei auch in der internationalen Finanzarchitektur, die Länder der globalen Mehrheit benachteiligt, indem sie ihnen etwa überhöhte Kreditkosten auferlegt. Senegals Verschuldung verteilt sich auf multilaterale Kreditgeber, bilaterale Abkommen, Anleihemärkte und inländische bzw. regionale Verschuldung in Franc-CFA. Letztere soll von der Umstrukturierung ausgeschlossen werden, um keine Bankenkrise in der Währungsunion auszulösen.

Der jetzt bekannt gegebene *Plan de Traitement de la Dette du Sénégal* (PTDS) sei jedenfalls eine „souveräne Initiative“. Auffällig war, dass bei der Verkündung der Einigung am 1. September sowohl der IWF als auch die senegalesische Regierung den extrem politisierten Begriff „Restrukturierung“, mit dem schlechte Erinnerungen an Strukturanpassungen verbunden sind, vermieden. Unabhängig von diesem Ringen um politische Begriffe hat der Senegal seine Partner bereits darüber informiert, dass man das *G20 Common Framework* anwenden werde: einen Mechanismus zur Restrukturierung nicht mehr tragfähiger Staatsschulden. China und Frankreich, die Teil dieser Initiative sind, halten fast drei Viertel der bilateralen Schulden Senegals.

Souveränität bemisst sich nicht nur am Verhältnis zum IWF, sondern auch daran, wie transparent und demokratisch ein Land über seine Schulden entscheidet.

Zunächst reduziert die Aussicht auf ein IWF-Programm die Unsicherheit im Land. Die Regierung beabsichtigt, sich damit finanzpolitischen Spielraum zu verschaffen. Der IWF betont, die Einigung sei das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen – und adressiert damit auch den früheren Premierminister Ousmane Sonko. Einzelne Reformen und Haushaltsmaßnahmen, die Teil des IWF-Programms sein könnten, erfordern parlamentarische Beschlüsse oder Gesetzesänderungen. Es ist zu erwarten, dass Ousmane Sonko bestimmten Reformen kritisch gegenüberstehen wird. Er hat bereits Fragen zu den sozialen Folgen der Reformen und zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufgeworfen. Seine Ankündigung: „Die Debatte wird stattfinden!“ Tatsächlich ist das Parlament der Ort für solche Debatten.Denn finanzpolitische Souveränität setzt auch demokratische Kontrolle voraus. Hinzu kommt die Frage nach der politischen Aufarbeitung: Wie konnten derart umfangreiche Kreditaufnahmen der Vorgängerregierung unbemerkt bleiben? Die Zivilgesellschaft fordert seit Längerem die parlamentarische Genehmigung von Darlehensverträgen.

Der Senegal steht vor einer beispiellosen Schuldenkrise, die die wirtschaftlichen Aussichten auf Jahre gefährdet. Der soziale Kontext ist angespannt: Am 5. September kam es zu Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Umso mehr bedarf es jetzt einer dauerhaften Lösung, die nicht in den früheren Austeritätsansatz des IWF zurückfällt. Die Kosten einer Restrukturierung dürfen nicht zulasten schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen gehen. Auf das Transparenzversprechen muss nun vollständige Transparenz und Rechenschaftspflicht folgen, etwa durch die parlamentarische Genehmigung von Kreditverträgen über einem bestimmten Volumen oder ein öffentlich zugängliches, jährlich aktualisiertes Schuldenregister. Auch die Gläubiger müssen angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt werden.

Souveränität bemisst sich dabei nicht nur am Verhältnis zum IWF, sondern auch daran, wie transparent und demokratisch ein Land über seine Schulden entscheidet. Sie bedeutet nicht, in einer verflochtenen

Finanzwelt ohne internationale Gläubiger auszukommen, sondern trotz unvermeidbarer Abhängigkeiten möglichst viel politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen – und demokratisch darüber zu entscheiden, wie er genutzt wird.



Elisabeth Bollrich
Dakar

Elisabeth Bollrich leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Senegal. Zuvor war sie Büroleiterin in Tansania und Koordinatorin des Globalisierungsprojekts im Referat Globale Politik und Entwicklung der Stiftung.